



Anna Conrads

33 Jahre aus Duisburg, geb. Neuss

Berufliches und Ausbildung

Diplom-Politikwissenschaftlerin

von 2010 bis Mitte März 2012

Sprecherin für Innen- und Rechtspolitik,
Fraktion DIE LINKE im NRW-Landtag;
Mitglied der Justizvollzugskommission

bis 2010

Koordination der NRW-Landesgruppe
DIE LINKE bis 2006: Studium
Politikwissenschaft und öffentliches
Recht in Duisburg

Politisches

Seit 2007	Mitglied DIE LINKE.
Seit 2005	Mitglied der WASG
2001-2002	Präsidentin des StuPa (Linke Liste)
1999-2001	Mitglied des Kultur- ausschusses Duisburg
seit 1998	Mitglied des Jugendverbandes JungdemokratInnen/Junge Linke“

weitere Mitgliedschaften

Linksjugend [solid] nrw, ver.di,
JungdemokratInnen/Junge Linke e.V.,
Rote Hilfe, Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Fellow Inkrit e.V

Privates: Singen, Sport, Irland

Kontakt:

anna.conrads@dielinke-nrw.de
mobil 01577-2476-324

Anna im Internet:

www.anna-conrads.de
facebook.com/anna.conrads

LISTENPLATZ 7:

Für ein soziales und demokratisches NRW Keinen Fußbreit dem Faschismus und Rassismus!

„Verfassungsschutz: Das ist ein irreführender, ein falscher Name. Falschnamen gehören in die Welt der Geheimdienste.“
Heribert Prantl, SZ

Spätestens seit dem Bekanntwerden des NSU-Terrors, dem Versagen der Sicherheitsbehörden und der massiven Verstrickung des Inlandsgeheimdienstes ist klar: DIE LINKE ist mit ihrer Forderung: „Verfassungsschutz abschaffen“ nicht nur bestätigt, sondern diese Abschaffung ist überfällig. Die SPD/Grüne Landesregierung weigert sich bis heute, mögliche Verstrickungen des NRW-Geheimdienstes öffentlich aufzuarbeiten und die Konsequenzen aus dem Geheimdienstskandal zu ziehen. Sogar der LINKE Antrag auf Abschalten der V-Leute, um ein NPD Verbot zu ermöglichen, wurde Ende 2010 von SPD und Grünen abgelehnt.

DIE LINKE hat den Kampf gegen Neofaschismus konsequent im Landtag auf die Tagesordnung gesetzt und viel Öffentlichkeit schaffen können. Wir haben SPD und Grüne dazu gebracht zumindest ein öffentliches Bekenntnis gegen die unsägliche „Extremismusklausel“ abzugeben und Minister Jäger setzt sich nun für eine Kriminalstatistik ein, die rechte Opfer realistisch erfasst. Ohne unseren Druck gäbe es keine Beratungsstellen für Opfer Rechter Gewalt.

DIE LINKE steht aber vor allem auf der Straße an der Seite von engagierten Menschen, die den Nazis die Stirn bieten. Wenn, wie in Dortmund oder Münster, die Nazidemos mit Grundrechtseingriffen oder teilweise rechtswidriger Polizeigewalt durchgesetzt werden, dann thematisieren wir das im Parlament.

DIE LINKE protestiert am Flughafen, wenn Rot-Grün Menschen ins Elend abschiebt. Es war DIE LINKE, die SPD und Grüne zu mehr direkter Demokratie getrieben haben. Wir haben die Initiative zur Abwahl von Oberbürgermeistern eingebracht, die auch zur erfolgreichen Abwahl in Duisburg geführt hat. Wir haben zuerst einen Untersuchungsausschuss zur Loveparade gefordert. Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir deutliche Verbesserungen in das LPVG gekämpft. Und auf unsere Initiative wurde die Residenzpflicht für Flüchtlinge in NRW abgeschafft. **LINKS macht Druck!**

Dafür möchte ich mit euch gemeinsam weiterkämpfen:

- für konsequenten Antifaschismus – im Parlament und auf der Straße
- für eine humanitäre Flüchtlingspolitik, die ihren Namen verdient
- für mehr Transparenz und demokratische Kontrolle bei der Polizei
- für ein deutliches Signal gegen Geheimdienste in NRW
- für mehr direkte Demokratie und einen anderen Strafvollzug